

Zeitschrift: Schweizer Soldat + MFD : unabhängige Monatszeitschrift für Armee und Kader mit MFD-Zeitung

Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat

Band: 64 (1989)

Heft: 6

Artikel: 1919-1939

Autor: Höhn, Walter

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-715807>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

1919–1939

Von Walter Höhn, Liestal



Wir haben es auch schon erlebt, dass es Schweizer gab, die unsere Armee abschaffen wollten. Aber dann vor 50 Jahren waren sie froh, dass sie ihr Ziel nicht erreicht hatten, und dass es Eidgenossen gab, die sich dafür eingesetzt hatten, dass unsere Armee imstande war, den Krieg zum zweiten Male in diesem Jahrhundert von unserem Lande fern zu halten.

Als 1918 der Krieg zu Ende war, hatte unsere Armee ihre Aufgabe erfüllt. Nun benötigte man sie nicht mehr. Wer durch viele Dienstleistungen auf vieles hatte verzichten müssen, finanzielle Einbusse erlitten hatte, weil es damals keinen Lohnausgleich gab, und im beruflichen Vorwärtkommen gestört worden war, konnte nun seinen Nachholbedarf decken. Dem galt nun das Interesse der Eidgenossen und nicht mehr der Armee. Brauchte man sie überhaupt noch? Man sprach vom **ewigen Frieden** und hoffte das, was man während der letzten Jahre erlebt hatte, nie mehr erleben zu müssen.

Während sich nun die schweigende Mehrheit kaum mehr um die Armee kümmerte, befassten sich ihre Gegner immer noch eifrig mit ihr. Für sie war nun die **Zeit gekommen, ihre Abschaffung zu fordern**. Schon 1917, als die Armee noch schützend an der Grenze stand, hat die SP ihr den Kampf angesagt, was unter anderem die Ablehnung des Militärbudgets bedeutete. Als 1918 die Armee den Aufstand vereitelt hatte, verschärfte sich diese Feindschaft. Diese Haltung der SP ist zum Teil darauf zurück zu führen, dass sie während dem Krieg immer mehr unter den Einfluss von Ausländern geraten war, nicht nur von Lenin und von den Russen, auch von Emigranten aus anderen Staaten. Bei den Unruhen in Zürich war der deutsche Refraktär Münzenberg führend. Unsere damalige Erfahrung mit Ausländern hat 20 Jahre später unsere Einstellung gegen die Flüchtlinge wesentlich beeinflusst. Es gab aber nicht nur die Gegner unserer Armee und die uninteressierte Mehrheit sondern auch Männer, die sich für unsere Armee einsetzten, nicht nur für ihre Beibehaltung sondern auch für ihre Weiterentwicklung nach den Erfahrungen des vergangenen Krieges. Diese Männer hatten erkannt, dass der Friedensvertrag von Versailles allein schon genügend Zündstoff für zukünftige Konflikte enthielt, bei denen unsere Armee und zwar eine gute Armee unserem Lande wieder von grossem Nutzen sein werde.

+

Die Kosten des Aktivdienstes belasteten den Bund stark. Nun musste gespart werden, und es lag nahe bei der Armee zu sparen, die man nun nicht mehr zu benötigen glaubte. Zwar musste die Grenze wegen Schmugglern und wegen der Unruhen in Deutschland bewacht werden. Diese Aufgabe übernahm eine freiwillige Bewachungstruppe. 1919 fanden weder RS noch WK statt. Das Militärbudget konnte auf 38 Millionen reduziert werden. Auch die Rekrutierung fiel aus. In den folgenden Jahren wurde man erst im 20. Altersjahr ausgehoben und im 21. in die RS aufgeboden. Dadurch, dass weniger Rekruten ausgebildet wurden, konnte gespart werden. Deshalb wurden die sanitärischen Anforderungen ver-

schärft und es wurden nur noch **55% der Stellungspflichtigen** ausgehoben. Viele freuten sich vom Dienst befreit zu werden, aber auch viele fühlten sich zurückgesetzt und bemühten sich ihre Bürgerpflicht erfüllen zu dürfen. Der gesetzliche Zustand wurde erst 1929 wieder hergestellt und damit der fehlende Jahrgang aufgeholt.

Da nun für das EMD Sparen das Wichtigste war, schien Karl Scheurer als Bundesrat der geeignete Chef dieses Departements zu sein. Er hatte als Regierungsrat seinen Sparsinn mit der Sanierung der Finanzen des Kantons Bern eindrücklich bewiesen. Ihm wurden nun im Parlament immer wieder Möglichkeiten zum Sparen vorgeschlagen. Die WK sollten nur jedes zweite Jahr stattfinden. Es sollten nur politisch zuverlässige Rekruten ausgehoben werden, so dass weniger Rekruten ausgebildet werden müssen. Die Rekruten sollten ihre Militärschuhe selbst bezahlen müssen. Die Armee sollte von 6 auf 4 Divisionen reduziert werden. An **Stelle der Armee sollte eine Polizeitruppe zur Verfügung des Völkerbundes** gebildet werden, die aber nicht von der Eidgenossenschaft sondern vom Völkerbund finanziert werden muss. Scheurer, der Oberst der Artillerie war, sah aber seine Aufgabe nicht nur im Sparen sondern auch im Erhalten der Armee. Damit befand er sich in einer nicht beneidenswerten Lage.

Die meisten Befürworter der Armee waren gegen unsern Eintritt zum Völkerbund, weil sie fürchteten, dass im Volk durch falsche Hoffnungen auf diese Organisation der Wehrwille noch mehr geschwächt würde. Auch die SP war gegen den Beitritt, weil sie im Völkerbund eine *«imperialistische Organisation»* sah, die gegen die Sowjetunion eingestellt war. 1921 kam die 1916 eingereichte **Initiative zur Abschaffung der Militärjustiz** zur Abstimmung. Sie wurde mit **393 000 Nein** gegen 198 000 Ja

verworfen. **1922 wurde eine Petition für Einführung eines Zivildienstes** vom Bundesrat und vom Parlament **abgelehnt**: Es gab weniger Dienstverweigerer als heute, **1922 und 1923 waren es je 9**. Auch damals wurde die Demokratisierung der Armee gefordert, hauptsächlich von Grütlianern und Jungfreisinnigen, die nicht gegen die Armee aber für eine Armee nach ihren Wünschen waren.

+

Im November 1920 verlangte Sonderegger in einem Vortrag vor der Offiziersgesellschaft Bern die Modernisierung unserer Bewaffnung aufgrund der Kriegserfahrungen. Das war vorläufig ein unerfüllbarer Wunsch. Immerhin erhielten wir **1925 das leichte Maschinengewehr** (LMG), das einen Kredit von 16,5 Millionen erforderte, was im Nationalrat ein Vertreter der SP als Verhöhnung des Abrüstungsgedankens bezeichnete. Die TO 24 wurde eingeführt. Sie bestand zur Hauptsache darin, dass in den Füs- und S-Bat wegen der infolge Sparmassnahmen geschwundenen Mannschaftsbeständen die vierte Kp aufgehoben wurde. Sie wurde ersetzt durch eine der bisher im Rgt zusammengefassten Mitr Kp. Für 1925 wurde das Budget auf 85 Millionen festgesetzt.

Durch die Unterzeichnung des Abkommens gegen den Gas- und bakteriologischen Krieg wurde im Juni 1925 die Aufmerksamkeit der Leute auf den **Giftgaskrieg** gelenkt. Wie heute mit der Atombombe so versuchte man damals mit dem Giftgaskrieg uns das Fürchten zu lehren. Der ehemalige deutsche General v Deimling schilderte in der NZZ die Ohnmacht unserer Armee bei einem Giftgaseinsatz im Gebirge. Unsere Entgegnung wies die Redaktion der NZZ zurück mit der Begründung, dass der General Kriegserfahrung habe und wir nicht. Das überraschte uns nicht, denn wäh-



Leichtes Maschinengewehr 1925 (Modell Furrer). Eingeführt bei der Truppe 1927.

rend Einsendungen gegen die Armee in allen Tageszeitungen aufgenommen wurden, war es oft **nicht möglich selbst in sogenannten bürgerlichen Zeitungen etwas für die Armee zu publizieren**. Das machte vielen von uns die Presse unsympathisch. Auch der ehemalige General v Schönau versuchte uns mit Publikationen zu ängstigen und Fräulein Dr Woker bemühte sich dafür in Zürich mit Vorträgen. In der Basler Nationalzeitung (heute Basler Zeitung) erschienen Aufsätze vom ehemaligen deutschen Generalstabsmajor F C Endres, die später im Verlag Rascher & Co in Zürich als *«Giftgaskrieg, die grosse Gefahr»* herausgegeben wurden. Dieses Bangemachen verfehlte bei der Bevölkerung seine Wirkung nicht. Der Giftgaskrieg wurde zum Hauptargument für die Armeegegner.

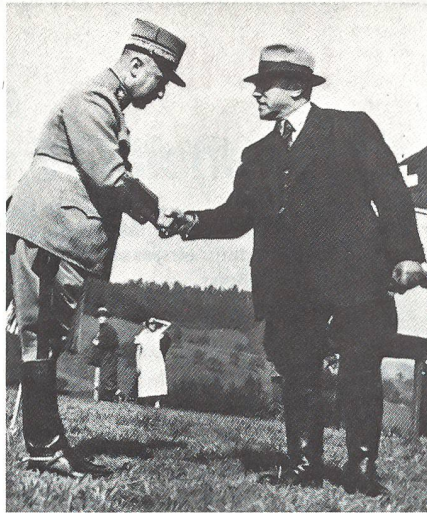
Unter der Führung von Leonhard Ragaz und Emil Brunner agitierten die **«Religiös Sozialen»** mit ihrer Zeitung **«Neue Wege»** besonders eifrig gegen die Armee. Im Dezember 1925 schlug Ragaz der Leitung der SP vor, eine **Initiative zur Abschaffung der Armee einzureichen**. Doch die SP verzichtete, da der Gewerkschaftsbund sich an diesem Unternehmen nicht beteiligen wollte. 1927 reichten Genfer Lehrer dem Bundesrat eine Petition zur Abschaffung der Armee ein. Das rief unsern Adj Uof Ernst Möckli, Sekretär des SUOV, auf die Barrikade. Möckli, selbst Lehrer, schrieb eine unmissverständliche Sprache. Es wurden aber auch Bemühungen unternommen die Armee dem Bürger wieder näher zu bringen. 1928 erschien ein umfangreiches Werk *«Das Schweizer Heer»*, herausgegeben von Oberst i Gst Ernest Läderrey, das in vielen Familien Aufnahme fand.



Nach mehreren erfolglosen Anläufen wurden 1929 die im Gesetz vorgesehenen WK der Landwehr wieder durchgeführt. Der Nationalrat stimmte mit **100 Ja** gegen 69 Nein **für die Wiedereinführung** und genehmigte für das Budget 86,7 Millionen. Die Italiener hatten den San Giacomopass zu einer breiten Strasse bis an unsere Grenze ausgebaut, was uns wieder einmal die Gefahr der italienischen Irretenta in Erinnerung rief aber die SP nicht davon abzuhalten vermochte das Budget abzulehnen. Nachdem die Schweiz dem Kollektakt beigetreten war, forderten Huber, Grimm und Schneider im Nationalrat **unsere Abrüstung**, um die **Aufrichtigkeit unseres Friedenswillens** zu beweisen. Mit ihrer Ablehnung unserer Landesverteidigung stand unsere SP (wenigstens deren Leitung) im Gegensatz zur Sozialistischen Arbeiter-Internationale, die sich für die Landesverteidigung aussprach. Dem entsprach auch die Einstellung der deutschen SP, und der schweizerische Nationalrat Reinhard versuchte erfolglos sie zur Ablehnung zu bekehren.



Im Herbst 1929 starb **Bundesrat Scheurer** im Alter von 57 Jahren. Sein überraschender, früher Tod lässt die Schwierigkeiten, gegen die er zu kämpfen hatte, und die Anfeindungen, denen er ausgesetzt war, erahnen. Es war ihm gelungen uns die Armee zu erhalten, es war ihm aber versagt geblieben, sie so zu fördern, wie wir es gewünscht hätten. Als Nachfolger wurde **Rudolf Minger** gewählt. Er war Oberst der Infanterie und hatte ein Berner Regiment kommandiert. Was er in seinem Departement antraf war nicht erfreulich. Die



Bundesrat Rudolf Minger dankt dem Leiter der Manöver der 6. Division im Jahre 1936. Oberstkorpskommandant Miescher war Übungsleiter.

Ausrüstungsreserven der Armee waren aufgebraucht, weil keine Nachbeschaffungen erfolgen konnten. Ganz schlimm stand es um die Fliegerei mit ihrem veralteten Material. Allein 1927 verloren 7 Piloten und Beobachter ihr Leben, dabei Hptm Cartier mit einer M8a. Die Flugwaffe konnte nun von der Flugbegeisterung profitieren, die damals in unserem Volke herrschte. So brachte Minger verhältnismässig leicht das Parlament dazu 10,5 Millionen zu bewilligen, was damals für die Beschaffung von 60 Jägern und 45 Beobachtungsflugzeugen genügte. Natürlich erfolgten dagegen **Proteste, besonders von Lehrern**.

Minger sprach nicht nur im Parlament für die Armee sondern auch in der Öffentlichkeit. Im Oktober 1930 diskutierten er und Bircher in Gränichen mit Arthur Schmid von der SP. Diese öffentliche Diskussion wurde in Brugg und in Solothurn wiederholt. Die *«Frauenliga für Frieden und Freiheit»* protestierte dagegen, dass ein Bundesrat öffentlich für die Armee spricht. Auch die Armeegegner waren aktiv. Im Juni 1931 verlangte die SP vom Bundesrat Gratisabgabe von kriegsgegnerischer Literatur an Schulen. Im Februar 1932 bezeichnete die Leitung der SP es in einem Flugblatt als **Verrat am Friedensgedanken**, wenn die Schweiz **nicht abrüstete**. Die Armeegegner liebten es immer wieder, uns die Länder als nachahmungswerte Beispiele zu empfehlen, die im blinden Vertrauen auf den Völkerbund ihre Armeen vernachlässigten. Aber nicht nur die SP liess von sich hören. Während der Abrüstungskonferenz brachte Nationalrat Rochaix (GE, freisinnig) seine Forderung in Verlegenheit, als er beantragte, die Militärausgaben zu reduzieren, um die Konferenz zu finanzieren.



Am 30. Januar 1933 wurde Hitler Reichskanzler. Im November trat Deutschland aus dem Völkerbund. Im März 1935 führte Hitler die allgemeine Wehrpflicht ein und marschierte ein Jahr später in die entmilitarisierten Rheinlande, ungehindert von den Garanten des Versaillervertrags. Es ist erstaunlich, wie schon früh **Minger und seine Mitarbeiter die Lage treffend beurteilt** haben. Es blieb aber nicht bei der Beurteilung der Lage. Es wurde sofort gehandelt, denn es war klar, dass sich eine brauchbare Armee nicht von einem Tage auf

den ändern schaffen lässt, besonders in Milizverhältnissen. So verlangte Minger im Sommer 1933 einen Materialkredit von 100 Millionen, der dann auf 93 Millionen reduziert wurde. Im September wurde ein Kredit zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bewilligt, von dem für die Armee 15 Millionen abfielen. Mit 82 Millionen wurden schwere Inf-Waffen, Gebirgsgeschütze und Flugzeuge beschafft. Bald konnte die Ausbildung am Minenwerfer und an der Infanteriekatane beginnen. 1936 waren schon Kompanien mit schweren Waffen formiert. Man sprach auch von Verlängerung der Ausbildung und von einer neuen Truppenordnung. Doch nicht nur materiell, auch psychologisch sollte aufgerüstet werden. Man begann dem Souverän die Notwendigkeit der Aufrüstung klar zu machen. Im Juli organisierte Bircher, als Präsident der Offiziersgesellschaft und Gründer des vaterländischen Verbandes die Vindonissatagung. Im römischen Theater forderte **Minger** vor einer grossen Menschenmenge die **sozialistischen Arbeiter auf wieder Schweizer zu sein**. An den Unteroffizierstagen in Genf sprach Bundesrat Häberlin für die Armee, und am 1. August Bundesrat Meyer im Landessender.



Die Entwicklung der Lage beeinflusste auch unsern Dienstbetrieb. In den Zwanzigerjahren fehlte bei vielen die Motivation, sie leisteten ihren Dienst schlecht und recht. Es gab noch Leute, die zu Beförderungsdiensten bereit waren, aber viele zogen es vor ihre Zeit für persönliche Belange zu verwenden. Oft begegnete man der Auffassung, dass vom souveränen Bürger im Wehrkleid nicht das gleiche verlangt werden dürfe wie vom Soldaten einer andern Armee. **Die Armeegegner überwachten den Dienstbetrieb, um tatsächliche oder auch nur vermeintliche Unkorrektheiten von Vorgesetzten und Unfälle in der Presse auszuschlachten**. Das hatte zur Folge, dass ängstliche Vorgesetzten im Fordern zurückhaltend waren, was natürlich für Ausbildung und Disziplin nicht förderlich war.

Die kurze Ausbildungszeit zwang zum Verzicht auf vieles, aber da und dort glaubte man auch nur verzichten zu müssen, zum Beispiel auf Gefechtsschiessen. Es gab RS der Inf in denen **nicht einmal Gruppengefechtsschiessen** durchgeführt wurden. Allgemein wurde korrekte und sichere Waffenhandhabung angestrebt und auch erreicht. Aber viele Soldaten glaubten, dass sie mit ihrem Können den Soldaten der Armeen mit längerer Dienstzeit nicht gewachsen wären. Es gab jedoch Truppenkommandanten und Instruktoren, die diese Auffassung nicht gelten lassen wollten, weil sie wussten, dass nicht überall Dienstdauer mit Ausbildungszeit gleich gesetzt werden kann und dass wir mit intensiver und zielbewusster Arbeit mehr erreichen könnten, als vielerorts erreicht wurde. Dabei half uns die politische Entwicklung. Die meisten unserer jungen Kameraden begannen wieder zu wissen warum sie eingerückt waren und wollten etwas leisten.

In die Schulen der Infanterie brachte die Wahl Willes zum Waffenchef einen frischen Zug. Wir wussten nun, dass wir in unserm Bestreben von oben unterstützt wurden. Wille mahnte uns immer wieder: *«Solange man im Ausland unsere Armee mit einem scharfen Hohn vergleicht, wehe dem Eindringling, wenn der Wächter von der Kette gelassen wird, solange werden wir den Krieg von unserm Lande fern halten können.»* Die ange-

henden Kp Kdt erhielten in der Schiessschule wertvolle Anleitungen für die Gefechtsausbildung, seitdem Constan dort das Kommando übernommen und die Schiessschule zur Infanteriekampfschule gestaltet hatte. Nun durften die Schiessschüler **sogar Kampfhandgranaten** werfen, die man bisher nur vom Hörensagen kannte. In den neu eingeführten kombinierten Schiesskursen erhielten Kommandanten Anregungen für die Ausbildung ihrer Truppe im WK.



Auch die SP wurde von der politischen Entwicklung in Deutschland beeindruckt, besonders vom Schicksal ihrer Schwesterpartei. Sie führte Kundgebungen gegen den Faschismus (das Wort «*Nationalsozialismus*» war bei der SP tabu) durch, aber es dauerte noch lange, bis in bezug auf unsere Landesverteidigung Konsequenzen gezogen wurden. Im Herbst 1933 beantragte Grimm eine Änderung des Parteibeschluss von 1917, «*sonst stünde unserer Land den faschistischen Horden offen zur Zertrümmerung unserer Volksrechte.*» Aber die erhoffte Wendung blieb aus, die Armeegegner liessen sich immer noch nicht überzeugen. Im Parteivorstand begann nun zwischen Landesbefürwortern und Gegnern unserer Landesverteidigung ein erbitterter Kampf. Aus gleichem Grund gab es auch Streit zwischen der SP und den Gewerkschaften.

Im Juni 1934 wurde die Verlängerung der RS auf 3 Monate beschlossen vom Ständerat mit **34** gegen 0 Stimmen (Ständerat Klöti, SP ZH enthielt sich der Stimme) und vom Nationalrat mit **91** gegen 11 Stimmen. Die kommunistische Partei schlug der SP vor gemeinsam das Referendum zu ergreifen. Doch der Parteivorstand der SP **lehnte** mit **27** gegen 24 Stimmen **ab**, stellte es aber den Parteimitgliedern frei sich am Referendum zu beteiligen. Das Referendum erreichte 76176 Unterschriften. Ausgerechnet jene, die am heftigsten gegen den Faschismus schimpften, wollten ihren Mitbürgern im Wehrkleid das Rüstzeug zu dessen Abwehr vorenthalten! Am Parteitag der SP im Januar 1935 stimmte die Mehrheit mit **343 Nein** gegen 220 Ja **gegen die Vorlage**. Der Ausgang der Abstimmung war unsicher. Weite Volkskreise, nicht nur Arbeiter, litten unter der Krise und auch die Bauern waren aus verschiedenen Gründen unzufrieden. In vielen Versammlungen setzten sich Bundesräte und hohe Offiziere für die Vorlage ein,



4,7 cm Infanteriekanone (seit 1934 bei der Truppe).

und besonders aktiv wirkte der SUOV und seine Sektionen. Bei hoher Stimmbeteiligung wurde die Vorlage mit **507 434 Ja** gegen 429 520 angenommen. Das Resultat enttäuschte uns. Es zeigte, dass viele noch nicht begriffen hatten, dass es jetzt darum ging vermehrte Leistungen zu erbringen. Erfreulich war aber festzustellen, dass ein grosser Teil der Arbeiterschaft die Vorlage angenommen hatte, denn die als «**rot**» **bekanntten Städte hatten mit grosser Mehrheit zugestimmt**. Bald konnten wir feststellen wie wertvoll die Verlängerung der RS um einen Monat für unsere Ausbildung war. Wille mahnte uns, dass es wegen der längern Dienstzeit jetzt wichtig sei, dass wir darauf achten, dass unsere Rekruten genügend zum Schlafen kommen.



Im April 1936 forderte der Bundesrat einen Kredit von 235 Millionen für Fliegerabwehrkanonen, Artillerie, leichte Truppen und Grenzbefestigungen. Diese Summe betrug ungefähr die Hälfte der Einnahmen des Bundes. Der Parteitag der SP war mit 263 Nein gegen 255 für Verwerfung. Aber nicht alle Vertreter der SP hielten sich im Parlament an diesen Beschluss. Der Nationalrat genehmigte diesen Kredit mit **159 Ja** gegen 11 Nein und der Ständerat **einstimmig**. Im Juni legte der Bundesrat die Botschaft für die neue Truppenordnung vor. Die Armee sollte neu gegliedert werden, in 9 Divisionen, 3 Gebirgs- und 3 leichte Brigaden. Aus den im Grenzraum wohnenden Wehrmännern aller Altersklassen sollen die Grenzbrigaden gebildet werden. Die S- und Füs-Bat erhalten eine Stabskp mit den schweren Inf-Waffen. 14 Grenzschutzkp (später Festungswachtkorps) wurden aus Freiwilligen (darunter viele Arbeitslosen) formiert und zu einer Mustertruppe ausgebildet. Sie sollten bei Überfall den ersten Widerstand an der Grenze leisten. Zur Finanzierung dieser Ausgaben legte **der Bundesrat im Herbst eine Wehranleihe** auf, bei der **190 366 Spender** in kurzer Zeit **332 Millionen** zusammen brachten.

Am Parteitag Ende Januar 1937 bekannte sich die SP entgültig zur «militärischen, wirtschaftlichen und geistigen Landesverteidigung.» Sogar Schneider (BS) stimmte zu «auf Grund der harten Tatsachen.» Zu den Neinsagern gehörten Vertreter von einigen welschen Sektionen.

Zum Parteitag der SPS

Unsere Armeegegner erinnern sich nicht gerne an die Jahre zwischen den Weltkriegen. Wir können das verschiedenen Publikationen entnehmen, die in letzter Zeit erschienen sind. In diesen finden wir das damalige Geschehen nicht nur aus Unwissenheit sondern auch mit Absicht entstellt. Nebensächliches wird aufgebauscht und Wichtiges verschwiegen. Deshalb ist es wichtig, dass jene, die dabei waren, den Jungen erzählen, wie es damals war. Auch die Diskussion um den Parteitag der sozialdemokratischen Partei der Schweiz am 3. Juni 1989 wird besser verstanden, wenn man die Entwicklung bis zum Bekenntnis der SP zur ganzheitlichen Landesverteidigung im Jahre 1937 kennt. (Beachte Text in diesem Artikel)

Noch bevor die Grenzbrigaden organisiert waren, wurde durch Bat und Kp Kdt in den Grenzabschnitten rekognosziert. Die Bat, die sich aus dem Grenzgebiet rekrutierten, übten im WK 1937 in ihren Abschnitten Kampfeinsätze. Zu diesen Übungen wurden auch Wehrmänner der Landwehr und des Landsturm aus den umliegenden Gemeinden aufgeboten. Ohne dass davon viel zu sehen war, wurden inzwischen im Grenzgebiet Bunker gebaut und Hindernisse angelegt. Auf den 1. Januar 1938 trat die neue Truppenordnung in Kraft und die neu formierten Grenzbrigaden rückten im Frühjahr zu ihren Einführungskursen ein.



Im März 1938 marschierte Hitler in Österreich ein und der September brachte die tschechische Krise. Nun hatten auch die Letzten die Gefahr erkannt. Schon begannen solche, die sich bis jetzt nie um die Armee gekümmert oder sie sogar bekämpft hatten, zu bemängeln, dass zu wenig geschehe. Duttweiler forderte die Anschaffung von 1000 (tausend) Flugzeugen. Militärkredite wurden nicht mehr angefochten und man war auch zu persönlichen Leistungen bereit. **Es gab keine Dienstverweigerer mehr.** Max Weber (später Bundesrat), der den Dienst verweigert hatte, meldete sich zum Militär. Als er abgewiesen wurde, kaufte er ein Ordonnanzgewehr. Er durfte 1940 der Ortswehr beitreten. Die RS konnte nun auf 4 Monate, der WK auf drei Wochen und das Landsturmalter bis zum 60. Lebensjahr verlängert werden. In Zürich fand am 24. September auf dem Helvetiaplatz eine von der SP und dem Gewerkschaftskartell organisierte Kundgebung statt. Reinhard und Brinolf sprachen, aber nicht mehr wie einst gegen die Armee, sondern jetzt für die «*nationale Verteidigung*». Zur gleichen Zeit mahnte Minger am Volksfest seiner Partei in Burgdorf vor einer Angstpsychose.

Unter dem Eindruck der Märzkrise 1939 wurde der «*Plan Obrecht*», der einen Kredit für Landesverteidigung und Arbeitsbeschaffung vorsah, ohne Abstimmungskampf am 4. Juni mit **445 622 Ja** gegen 199 540 Nein vom Souverän **genehmigt**. Dieses Abstimmungsergebnis und die Landesausstellung waren eine eindrückliche Demonstration unseres Wehrwillens und der einmaligen Einigkeit der Eidgenossen.

Bilder aus dem Buch «*Die 7. Division*», Verlag Schläpfer, Herisau